

Gemeinwohl und Verantwortung – Zwei Floskeln auf dem Prüfstand

■ ANTON PELINKA



Anton Pelinka, geb. 1941, seit 1975 Univ.-Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, seit 1990 Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien. Seit 2006 Professor an der Budapester Central European University.

„Warum verkümmert die Demokratie?“ fragte der Gesamtvorstand des Katholischen Akademikerverbandes Österreichs am 16. März 2007. Beim Studientag in der Innsbrucker Universität sprachen der Politologe Prof. Anton Pelinka und Warschauer Juristin Prof. Irena Lipowicz, die ehemalige Botschafterin Polens in Wien. Quart bringt den Vortrag Pelinkas, in der nächsten Nummer folgt der Text von Lipowicz.

Alle reden vom Gemeinwohl – aber was ist das? Und vor allem – wer definiert es? Alle reden von Verantwortung – wessen Verantwortung, und vor allem, wem gegenüber? Alle Politikerinnen und Politiker sind immer sofort bereit, die „politische Verantwortung“ zu übernehmen – aber was bedeutet das konkret?

Es herrschen Konfusion und Ratlosigkeit, weil die Gesellschaft aus den Fesseln vorgeblicher Gewissheiten entlassen ist; aus den geschlossenen System – wie dem des Marxismus-Leninismus; aber auch aus dem des katholischen Integralismus.

Es macht sich Sehnsucht breit nach mentaler Sicherheit. Von dieser Sehnsucht scheint in Europa vor allem der latent faschistische Nationalismus zu profitieren. Es gibt einen Fluchtrefflex – Flucht zurück in die Wärme alter Gewissheiten, Flucht aus der Kälte der Demokratie, die – so scheint es – weniger aufbaut und mehr auflöst: Familie und Rollenbilder, Sicherheits- und Zukunftsperspektiven, ewige Wahrheiten und, überhaupt, Werte schlechthin.

Dass die Demokratie in einer Krise ist, wird immer wieder behauptet. Der Diskurs darüber kommt in Wellen, einer Konjunktur gleichen – bald ist er stärker, bald schwächer. Es hat wohl noch keine Phase demokratischer Entwicklung gegeben, in der nicht über eine solche Krise debattiert wurde – zumeist mit guten Argumenten, die für, und ebenso guten Argumenten, die gegen das Vorhandensein einer Krise sprechen.

Das hängt natürlich damit zusammen, dass der Begriff Krise zu klären wäre. Das soll hier erst gar nicht versucht werden. Es geht hier gar nicht um eine Existenzkrise der Demokratie. Eine solche kann wohl nicht behauptet werden: Die „westliche“, die „liberale“, die pluralistische Demokratie war noch nie so weltumspannend außer Streit gestellt wie im ersten Jahrzehnt des dritten Jahrtausends – nach den vielen Wellen der Demokratisierung, die seit 1945 die Alternativen zu dieser Demokratie überrollt haben.

Dennoch: Ob es Krisensymptome gibt, ob nicht etwa die Demokratie gerade weil sie so selbstverständlich und so unumstritten scheint, ob diese außer Streit gestellte Demokratie mangels konkretem Zuspruch verkümmert – darüber kann und soll ernsthaft diskutiert werden. Und das soll in Form von These, Gegenthese und Synthese hier versucht werden.

1. These

Die Demokratie ist in Gefahr, weil ihr die Demokraten abhanden kommen. Überall ist Demokratie – aber niemand geht mehr hin. Die Demokratie rinnt aus, trocknet aus – nicht weil ihr konkrete Alternativen entgegenstünden, die attraktiv wären, sondern weil einer prinzipiell weltweit akzeptierten Demokratie zunehmend die real messbare Zustimmung fehlt. Für diese These gibt es eine Reihe von Indikatoren, die so etwas wie Plausibilität begründen:

- Die Wahlbeteiligung (speziell bei Wahlen ins Europäische Parlament) geht langfristig überall zurück. Der Grund ist eine Kombination vieler Faktoren: Protest gegen die politische Klasse, die sich (so scheint es vielen) durch Wahlen und Wahlergebnisse nicht beeinflussen lässt. Wer immer auch regiert – das, was vielen wichtig erscheint, lässt sich durch einen Mehrheits- und Regierungswechsel nicht beeinflussen.
- Ein besonderer Aspekt ist die geringe Wahlbeteiligung in den postkommunistischen Staaten. Da dürfen nun endlich, nach Jahrzehnten der Einparteienherrschaft, die WählerInnen zwischen linken und rechten und zentristischen und anders definierten Parteien auswählen – und das Interesse daran, diese Freiheit auch zu nutzen, ist insgesamt ernüchternd gering.

Hinter der abnehmenden Wahlbeteiligung mag eine letztlich auch Zufriedenheit ausdrückende Indifferenz stehen; oder auch und gleichzeitig eine weitreichende Unzufriedenheit. Eine geringe Wahlbeteiligung muss aber allen, die sich um die Demokratie bemühen, Sorgen machen – auch wenn es keine objektivierbare Grenze der Wahlbeteiligung gibt, die – sobald sie unterschritten wäre – eine entscheidende Schwächung der Demokratiequalität bedeuten würde.

In den postkommunistischen Staaten drückt sich auch eine gewisse Nostalgie nach dem Versorgungsstaat aus, der keine Freiheit garantierte, dafür aber Sicherheit – wenn auch auf bescheidenem Niveau. Die Freiheit scheint sich weniger als Lust an der Demokratie und mehr in der Renaissance des Nationalismus auszuwirken. Dass es die Möglichkeit gibt, in Polen oder in Ungarn gegen ungeliebte Regierungen zu demonstrieren und sie in freien Wahlen in die Opposition zu schicken – das scheint vielen eine geringere Errungenschaft zu sein als die Möglichkeit, nationalen Phantasien nachzuhängen. Auf der Strecke droht die postnationale Perspektive eines vereinigten Europa zu bleiben, das sich als Überwindung von Nationalismus und Nationalstaatlichkeit versteht.

2. Antithese

Die Demokratie ist nicht in Gefahr, weil es keine Alternative zu ihr gibt; und weil sich alle Indikatoren politischer Unlust ohne größere Probleme mit der Demokratie harmonisieren lassen. Zur Demokratie gehört eben auch die Freiheit, die Freiheit nicht nutzen zu wollen.

Josef Skvorecky hat einmal festgestellt, in der Demokratie beanspruchen Dummheit und Pornographie zu Recht ihren Platz – wenn es nicht die Freiheit zum Engagement für Unsinniges gebe, gebe es auch keine Freiheit zum Engagement für das Wichtige

Seymour Martin Lipset geht im „Political Man“ davon aus, dass nur eine Minderheit von Menschen sich ständig und intensiv – und eine andere Minderheit sich nie für Politik interessiert, dass aber die deutliche Mehrheit bereit ist, sich gelegentlich und in Maßen für Politik zu interessieren. Das scheint eine sozialanthropologische Grundkonstante zu sein, die nur ausnahmsweise – etwa in Polen, 1980 und 1981 – durchbrochen werden kann. Die große Zeit politischen Engagements galt der Überwindung der Diktatur. Kaum war dieses Ziel erreicht, setzt sich eine Normalverteilung politischen Interesses wieder durch: offenbar nicht trotz, sondern wegen der Demokratie.

Dazu passt auch Lipsets Paradoxon: Im November 1932 fanden in den beiden damals größten Demokratien der Welt entscheidende Wahlen statt. Die Beteiligung bei den deutschen Reichstagswahlen betrug über 80 Prozent; die bei den Wahlen des US-Präsidenten um die 50 Prozent. Die Ergebnisse: In Deutschland wurde die NSDAP zur stärksten Partei; und in den USA wurde Franklin D. Roosevelt Präsident. Was, so die Frage, war das bessere Resultat für die Demokratie?

Lipset will damit natürlich nicht sagen, dass eine geringe Wahlbeteiligung prinzipiell gut und eine hohe prinzipiell schlecht für die Demokratie wären. Aber er widerspricht der eben empirisch falsifizierten Annahme eines linearen Zusammenhangs zwischen Demokratiequalität und Wahlbeteiligung.

■ Die Freiheit scheint sich im Osten weniger als Lust an der Demokratie und mehr in der Renaissance des Nationalismus auszuwirken.

Mit anderen Worten: Die politische Indifferenz vieler Menschen in der Demokratie ist weder ein Argument gegen diese, noch ein zwingendes Signal für deren Bedrohung.

3. Versuch einer Synthese

Es lässt sich ein Bedeutungsverlust des Politischen beobachten. Das messbare Interesse an Politik, ausgedrückt in formaler Partizipation – Wahlen, Parteimitgliedschaft – geht zurück. Diese Evidenz kann unterschiedlich bewertet werden:

Im Sinne von Carl Schmitts Politikverständnis ist dies eher positiv zu sehen: Wenn Politik die Auseinandersetzung zwischen Freund und Feind, zwischen gut und böse ist, dann ist der Rückgang einer manichäisch verstandenen Politik zumindest nicht negativ. Denn Politik – jedenfalls unter den Rahmenbedingungen der Demokratie – kann nicht als Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Lichtes und denen der Finsternis verstanden werden.

Gerade aber im Sinne der Ansprüche der und an die Demokratie hat dieser Bedeutungsverlust des Politischen auch negative Aspekte. Denn das Desinteresse der Regierenden reduziert die Fähigkeit, das Kernpostulat der Demokratie umzusetzen – die ständige Kontrolle der Regierenden durch die Regierten.

Eine Ursache dafür ist die traditionelle Beschränkung der Demokratie auf den (National-) Staat. Dieser verliert immer mehr die Instrumente, der Wirtschaft als Korrektiv entgegenzutreten. Die Wirtschaft hat die nationalen Schranken hinter sich gelassen, sie ist globalisiert, sie ist grenzenlos geworden. Die Politik ist weiterhin eingesperrt in ihre Staatlichkeit – und mit ihr die Demokratie, die ja als Konzept der Legitimation staatlicher, territorial begrenzter Herrschaft entstanden ist.

Mit dem Verlust des Gleichgewichts zwischen entgrenzter Ökonomie und begrenzter Politik verliert auch die Demokratie an Bedeutung. Wir können immer mehr über immer weniger Wichtiges befinden.

Gemeinwohl? Auf wen bezieht es sich – auf das Wohl der stimmberechtigten BürgerInnen oder auf das Wohl aller? Der Streit,

ob Volk „demos“ ist oder „ethnos“ – eine Schicksals- oder eine Abstammungsgemeinschaft – betrifft massiv das, was wir Gemeinwohl und was wir Verantwortung nennen.

4. Plädoyer für ein wirklichkeitsnahes Verständnis von Politik

Demokratie ist nicht primär der Kampf der Überzeugungen. Es macht jedenfalls Sinn, sich gegen den Idealismus der Überzeugungen zu wenden – jedenfalls dann, wenn die Überzeugung zur letzten ethischen Instanz gemacht wird. Max Webers Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik hilft hier weiter: Die Demokratie braucht in erster Linie Verantwortungsethik – nicht Gesinnungsethik. Denn Gesinnung ist tendenziell die Rechtfertigung, sich aus einer konkreten Verantwortung zu verabschieden.

Die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts waren vom Idealismus geprägt: im Falle des Nationalsozialismus explizit, im Falle des Kommunismus implizit. Hitler war bereit, seinen Idealen alles zu opfern, letztlich seine eigene Herrschaft: die selbst zerstörerischen Tendenzen dieses Systems liegen auf der Hand. Lenin hätte es zwar zurückgewiesen, als Idealist bezeichnet zu werden – aber seine hartnäckige Konfrontation, sein letztlich gescheiterter Versuch, der Realität seinen Willen aufzuzwingen, lässt die Bewertung Idealismus durchaus zu.

Gerade der Gesichtspunkt der konkreten Verantwortung und der Verantwortungsethik verlangt nach einem post-nationalen Politikverständnis. Das Beharren auf der Fiktion nationaler Souveränität schreibt eine zunehmend wirklichkeitsfremde Sicht des Politischen fest und ist deshalb unverantwortlich. Die Ökonomie hat ein territorial definiertes Verständnis von politischer Souveränität ad absurdum geführt. Die Politik entmachtet sich selbst, wenn sie nicht in der Lage ist, der Ökonomie in diese Richtung zu folgen.

Wirklichkeitsnahe ist, von einem „cross-cutting“ der Identitäten und Loyalitäten auszugehen; von einem Querliegen nationaler und sozialer und religiöser und kultureller Bindungen. Menschen sind

■ **Gesinnung ist tendenziell die Rechtfertigung, sich aus einer konkreten Verantwortung zu verabschieden.**

Österreicherinnen und Frauen und Katholikinnen und Seniorinnen zugleich. Jede dieser Teilidentitäten ermöglicht Politik – national und transnational.

5. Interessen statt Glauben

Demokratie braucht Säkularisierung, Demokratie gründet sich auf Säkularisierung – nicht im Sinne einer Absage auch an religiös begründete Werte, sondern im Sinne der Offenheit. Demokratie ist vor allem der Wettstreit von Interessen auf dem Boden einer gemeinsamen Wertebasis der Menschenrechte mit ihren Implikationen für Freiheit und Gleichheit. Die Demokratie als Wettstreit von Glaubensinhalten zu sehen birgt wieder die Gefahr eines Freund-Feind-Schemas mit der Unfähigkeit, Kompromisse zu akzeptieren.

Die politische Fixierung auf Glaubensinhalte ist kaum demokratiekompatibel – sie ist auch unrealistisch. Von Karl Marx stammt die Beobachtung, dass – wenn immer eine Idee einem Interesse begegnet, immer noch die Idee den Kürzeren gezogen hätte.

Das heißt natürlich nicht, dass sich Ideen nicht durchzusetzen vermögen. Aber sie müssen ein Bündnis mit konkret zu benennenden Interessen eingehen.

Die Anti-Apartheid-Bewegung der USA ist ein gutes Beispiel. Sie wurde dann politisch wirksam, als, erstens, im Zuge der Abwicklung des Ost-West-Konflikts das Interesse an einem antikommunistischen Bollwerk im Süden Afrikas zu Ende ging; und, zweitens, als die moralische Empörung über das Apartheid-System erfolgreich Druck auf US-Investoren übte – etwa durch angekündigte und umgesetzte Boykottmaßnahmen im Bereich des Konsums – und diese Investoren begannen, ihr Kapital aus Südafrika abzuziehen.

6. Resumé

Es genügt nicht, sich auf Ethik und Moral, sich auf Ideen oder auf einen Glauben zu berufen. Um politisch verantwortlich zu handeln – verantwortlich im Sinne einer Verantwortungsethik – braucht es die Analyse des Kräfteparallelogramms der Interessen.

Wir wissen, wie in der Demokratie – die natürlich überhaupt nicht wertfrei ist – Gemeinwohl definiert wird. Nach Ernst Fraenkel: Wir wissen allerdings nicht a priori, was das Ergebnis dieses politischen Definitionsprozesses ist. Im Rahmen demokratischer Spielregeln – und in diesen äußert sich die Wertorientierung der Demokratie – ist das Gemeinwohl offen, ist es jedes Mal aufs Neue zu bestimmen.

Hans Kelsen hat geschrieben, wer mit absoluter Sicherheit zu wissen meint, was der Gesellschaft gut tut, wird es empört zurückweisen, dass darüber abgestimmt werden soll.

Wir brauchen, für das Gemeinwohl, eine von den Werten der Menschenrechte bestimmte Grundlage. Auf dieser aufbauend, ist es an uns, durchaus auch mit den Mitteln der demokratischen Mehrheitsfindung, das Gemeinwohl konkret zu bestimmen. Diese Aufgabe kann nicht an die politische Klasse delegiert werden. Wer, wenn nicht wir als die BürgerInnen, sollte denn das auch tun!

Alle haben in der Demokratie Verantwortung. Politikerinnen und Politiker haben sogar eine besondere. In der parlamentarischen Demokratie bedeutet das aber nichts anderes, als den Mehrheitsverhältnissen des Parlaments ausgeliefert zu sein. Es ist das Parlament, es ist dessen Mehrheit, die entscheidet, ob Politikerinnen und Politiker zur Verantwortung gerufen werden – durch den simplen Akt des Entzugs des Vertrauens.

Peter Pulzer schreibt, der Antisemitismus der Nationalsozialisten sei nichts Neues gewesen. Das alles habe man bei Schönerer, Lueger und vielen anderen auch schon gefunden, was die NSDAP programmatisch verkündete. Neu war, dass die NSDAP an der Macht den Mut hatte, ihre überhaupt nicht originelle Überzeugung auch umzusetzen.

Hüten wir uns daher vor denen, die in ihrer Überzeugung so fest sind; hüten wir uns vor den Propheten, die so sicher sind, was die Zukunft uns bringen wird; bevorzugen wird doch diejenigen, die Zweifel, ja Selbstzweifel vermitteln. Hüten wir uns nicht vor falschen Propheten; hüten wir uns vor Propheten schlechthin.

■ Wer mit absoluter Sicherheit zu wissen meint, was der Gesellschaft gut tut, wird es empört zurückweisen, dass darüber abgestimmt werden soll.